

Ansatzpunkte zur Förderung der ökonomischen Bildung und des Entrepreneurship-Denkens an allgemein bildenden Schulen

Institut für Ökonomische Bildung, Universität Oldenburg (IÖB)

Zur Situation

1. Ökonomische Bildung ist **keine vorweggenommene berufliche Bildung**, sondern integraler Bestandteil der Allgemeinbildung für alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und Schulstufen im allgemein bildenden Schulsystem Deutschlands.
2. Alle Forderungen, z. B. nach einer Förderung des Entrepreneurship-Denkens in Deutschland, bleiben auf Dauer folgenlos, wenn Kinder und Jugendliche nicht mit den wesentlichen Strukturen und Prozessen in unserer Wirtschaft vertraut gemacht werden. Es besteht eine zum Teil bedenkliche Trennung von Bildung und Wirtschaft im Bewusstsein der Bevölkerung, die es aufzubrechen gilt.
3. Die Anerkennung des allgemein bildenden Charakters ökonomischer Bildung bedeutet noch keine Institutionalisierung im Schulsystem. Ökonomische Bildung ist in den Lehrplänen der Bundesländer nur in einigen Fällen in einem Fach verankert. In der Regel tritt ökonomische Bildung fragmentarisch auf, in Form von einzelnen Spiegelstrichen, die über mehrere Fächer verteilt sind.
4. Die Einzelinitiativen, Projekte und regionalen Aktivitäten im Bereich der ökonomischen Bildung, z. B. zur Herausbildung unternehmerischen Denkens, setzen häufig auf die Entwicklung ausgefeilter didaktischer Arrangements und seltener auf taktisch-strategische Aspekte der Bildungspolitik und der institutionellen Verankerung der ökonomischen Bildung. Sie führen daher in Summe nicht zu einer flächendeckenden und nachhaltigen Implementation im Schulsystem und werden häufig auch nur durch das überdurchschnittliche Engagement der Beteiligten (Lehrkräfte, Eltern, Unternehmen, Verbände etc.) getragen.

Was ist zu tun um ökonomische Grundbildung zu implementieren?

Ökonomische Grundkenntnisse und Entrepreneurship-Denken können nur mit einem **systemischen Strategieansatz** nachhaltig im allgemein bildenden Schulsystem etabliert

werden. Nach dem „Oldenburger Modell“ ist demnach an vier „Baustellen“ zur gleichen Zeit zu arbeiten. Die Bemühungen erfordern eine konzertierte und ressortübergreifende Zusammenarbeit aller Beteiligten.

- b. Es sind **politische Rahmenbedingungen** zu schaffen. Ökonomische Bildung benötigt Zeit, daher sind verpflichtende Stundendeputate zur Verfügung zu stellen. Im Einklang mit den „Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft“ werden mindestens 200 Schuljahresstunden gefordert. Die interessenpolitisch motivierte Verteilung von ökonomischer Bildung auf verschiedene Fächer führt nach allen Beobachtungen der Schulpraxis eher dazu, dass Schülerinnen und Schüler keine tragfähigen ökonomischen Grundkenntnisse erwerben. Wenn wirtschaftliche Inhalte integrativ unterrichtet werden, sind bildungspolitische, administrative, fachdidaktische und lerntheoretische Konsequenzen ernst zu nehmen.
- c. Lehrkräfte sind auf der Basis von Ziel-, Inhalts- und Methodenkonzepten der ökonomischen Bildung mit **Materialien und Medien** auszustatten um einen modernen und seriösen Wirtschaftsunterricht zu erteilen. Zu entwickelnde Standards für die ökonomische Bildung sowie Datenbanken mit Materialien und Praxiskontaktpartnern (vgl. www.wigy.de, www.oekonomie-unterricht.de) unterstützen die Lehrkräfte.
- d. Lehrkräfte sind für die ökonomische Bildung zu **qualifizieren**. Dies hat zum einen über grundständige Studiengänge an den Universitäten zu erfolgen, zum anderen sind systematische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchzuführen um den hohen und wachsenden Bedarf zu decken. Im Projekt „Ökonomische Bildung online“ (ÖBO) werden zur Zeit Lehrkräfte in 10 Bundesländern internetgestützt weitergebildet (vgl. www.oebo.de).
- e. Es werden Institutionen, Organisationen, Verbände, Hochschulen, Stiftungen und Unternehmen gebraucht, die sich finanziell und ideell engagieren und in Public-Private-Partnership-Projekten die Realisierung der genannten Aufgaben ermöglichen. **Best practice-Beispiele** unterschiedlicher Kooperationen, die zeigen, wie eine moderne Konzeption ökonomischer Bildung mit Lehrkräften verschiedener Schulformen realisiert werden kann, sind bei der Entwicklung von bundesweiten Bildungsstandards zu berücksichtigen.

Was ist zu tun um auf dieser Grundlage das Entrepreneurship-Denken zu befördern?

1. Die **Lehrpläne** zur ökonomischen Bildung in den Bundesländern für alle Schulformen und Schulstufen sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit relevante wirtschaftliche Inhalte (z. B. Grundfunktionen von Unternehmen, Funktionen der Unternehmertätigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, Voraussetzungen der beruflichen Selbstständigkeit u. a.) enthalten sind. Ein bundesweiter **Standard** für die ökonomische Bildung hat entsprechende Themenstellungen zu berücksichtigen.
2. Eine systematisches **Qualifizierungsangebot** für Lehrkräfte im Bereich „Existenzgründung“ könnte im Rahmen von ÖBO z. B. - aufbauend auf den fachwissenschaftlichen Grundmodulen – mit den Modulen „Unternehmensverfassung“, „Betriebliche Organisation“, „Betrieblicher Leistungsprozess“ und „Existenzgründung“ bereitgestellt werden.
3. Lehrkräfte müssen sich zukünftig stärker als **Moderatoren und Begleiter** von Lernprozessen begreifen. Traditionelle, in der Regel durch reine Instruktion gekennzeichnete Konzepte sind einer Kultur der Selbstständigkeit nicht förderlich. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sind entsprechende Angebote zu entwickeln.
4. Die Einrichtung von **Schülerfirmen** ist pädagogisch sinnvoll um auf der Basis erworbenen ökonomischen Wissens ein besseres Verständnis betrieblicher Abläufe zu erlangen, Rahmenbedingungen für Unternehmensaktivitäten zu erkennen und sich in unternehmerisches Denken einzuüben. Schülerfirmen können darüber hinaus einen Betrag zur Berufsorientierung leisten. Aber: Schülerfirmen sind fest in die **Schulcurricula** einzubinden um eine didaktische Nachhaltigkeit sicherzustellen.
5. Die Unterstützung der Lehrkräfte ist durch die Entwicklung und Bereitstellung von **Materialien und Medien** für den Unterricht im Hinblick auf relevante Themenstellungen auszubauen. Die Datenbanken des IÖB bieten z. B. entsprechende Unterstützungsstrukturen für Lehrkräfte.
6. Die Förderung einer Kultur der Selbstständigkeit setzt voraus, dass Schülerinnen und Schüler mit Vertretern der Arbeits- und Wirtschaftswelt in ihrer Schulzeit in Kontakt treten und im Rahmen von Expertengesprächen, Praktika, Betriebserkundungen Unternehmenspraxis erfahren können. Ins Curriculum systematisch eingebaute

Praxiskontakte (vgl. z. B. www.prawis.de) ermöglichen eine Verzahnung von Theorie und Praxis.

7. Bei Schülern und Studenten sind Eigenschaften wie Selbständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft gezielt zu entwickeln. Eine **Kultur der Selbstständigkeit** entsteht nicht dadurch, dass diese als Prinzip für die allgemein bildende Schule verordnet wird. In einem Fach oder Fachbereich sind konkrete Unterrichtsinhalte zu identifizieren, mit deren Hilfe selbstständiges Arbeiten und Eigeninitiative eingeübt werden können. Aktive Lehr- und Lernverfahren des Ökonomieunterrichts (z. B. Fallstudien, Planspiele, Expertengespräche, Projekte, Praktika, Rollenspiele u. a.) fördern Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler.
8. Die **Netzwerkbildung** von Verbänden, Organisationen und Institutionen, die die Kultur der Selbstständigkeit im allgemein bildenden Schulsystem bereits fördern, ist voranzutreiben. Best practice-Beispiele und Initiativen zur Förderung der Selbstständigkeit sind zu bündeln.